Nummer 590

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe. 20 Pfennig. — 76. Jahrgang — Donnerstag, 18. Dezember 1930

Ulrich Rauscher †.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist heute nacht in St. Blasien, wo er sich zur Heilung seines Leidens aufhielt, im Alter von 46 Jahren gestorben.

Der Tod des 46jährigen deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, kommt überraschend. Man erfuhr in den letzten Tagen lediglich, daß er erkrankt sei und sich in St. Blasien aufhalte. Man hörte, daß er sich eine Rehlkopferkrankung zugezogen habe und daß auch die Lungenspitzen angegriffen seien. Eine inzwischen hinzugetretene doppelseitige Lungenentzündung hat dann den Krankheitsprozeß beschleunigt.

Ulrich Rauscher wurde am 26. Juni 1884 in Stuttgart geboren. Er studierte Rechtswissenschaft, war in Heidelberg Korpsstudent (Korps Suevia) und wandte sich später der freien schriftstellerischen Betätigung zu. Während des Krieges war er zunächst im Kriegspressearmt, zuletzt zwei Jahre als Armierungssoldat. Nach der Revolution trat er zur Sozialdemokratie über und wurde als Sekretär Scheidemanns die erste journalistische Stütze der Revolutionsregierung. Er wurde der erste Pressechef bei der Reichskanzlei bzw. der Reichsregierung in der Republik. Im April 1920 schied er aus der Reichskanzlei aus. Er wurde dann Gesandter in Athen, dann Gesandter in außerordentlicher Mission bei der Sowjetrepublik Georgien und am 31. Mai 1922 Gesandter in Warschau.

*

Der Reichspräsident hat der Gattin des verstorbenen deutschen Gesandten in Warschau, Frau Rauscher, telegraphisch seine Anteilnahme ausgesprochen.

Der Reichskanzler hat an Frau Rauscher nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet: „Mit aufrichtiger Trauer habe ich die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls erhalten. Zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, spreche ich Ihnen zugleich im Namen der Reichsregierung innige Anteilnahme aus. Der Verstorbene hat bis zu seinem Tode in verschiedenen hohen Staatsstellungen mit seiner ganzen Kraft und seinem reichen Wissen und Können dem Vaterlande erfolgreiche Verdienste geleistet. Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Die Reichsregierung wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Graf Bernstorff berichtet über die Genfer Abrüstungskommission.

Erregte Szenen im Auswärtigen Ausschuß.

Im Reichstag trat heute 10 Uhr der Auswärtige Ausschuß zusammen, um sich mit dem Verlauf und dem der Verhandlungen der Genfer Abrüstungskommission zu beschäftigen. Nach einer kurzen einleitenden Ansprache des Reichsaußenministers Dr. Curtius erstattete der Leiter der deutschen Abrüstungsdelegation, Graf Bernstorff, einen längeren Bericht. In der anschließenden Debatte sprach zunächst der Nationalsozialist Hiehrl, der scharfe Angriffe gegen die deutsche Außenpolitik richtete und dann dadurch, wie verlautet, Anlaß zu ziemlich erregten Szenen gegeben haben soll. Später scheint die Aussprache dann wieder in ruhigere Bahnen geleitet worden zu sein.

Nach einer Mittagspause will der Ausschuß seine Beratungen am Nachmittag fortsetzen.

Curtius' Reiseprogramm für Oberschlesien.

TU **Oppeln**, 18. Dezember.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wird nach den bisherigen Plänen seine Reise nach Oberschlesien am Freitagabend antreten. Der Minister würde dann am Sonnabendfrüh in Gleiwitz eintreffen, wo zunächst eine intere Besprechung stattfinden soll. Im Anschluß daran ist eine Rundfahrt durch das oberschlesische Industriegebiet vorgesehen. Am Nachmittag soll im Oppelner Oberpräsidium eine weitere Besprechung stattfinden. Der Minister würde dann am Sonnabendabend nach Berlin zurückkehren.

Volkspartei und Regierung.

Eine Rede des Vorsitzenden der DVP. Westfalen-Süd, Otto Hembeck.

TU **Dortmund**, 18. Dezember.

In der Hauptvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei von Westfalen-Süd wurde der bisherige Vorsitzende, Fabrikant Otto Hembeck-Lüdenscheid, einstimmig wiedergewählt. In einer Ansprache legte Hembeck eingehend die Gründe dar, die die Fraktion im Interesse der wirtschaftlichen Notlage bestimmt hätten, die Regierung Brüning zu stützen. **Diese Unterstützung finde in dem Augenblick ihr Ende, wo das Reichskabinett sich der Forderung der Volkspartei, durch weitere durchgreifende Einsparungen den Reichshaushalt 1931 vor einer Erschütterung zu bewahren, versage.** Er sei der Ueberzeugung, daß die von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei geforderte Einsparung von mindestens 300 Millionen nur für den Augenblick ausreiche und weitere wesentlich größere Abstriche folgen müßten. Der Redner forderte weiter rücksichtslose Auskehr aller Parteibuchbeamten und wandte sich dann gegen die unerhörten Zustände in Preußen, die das Zentrum wohl kaum noch länger gutheißen könne. Hinsichtlich der Nationalsozialisten schloß er sich den kürzlichen Ausführungen des Parteiführers Dingeldey an. Die wertvollen Kräfte in dieser Partei müßten der Regierung dienstbar gemacht werden, um so eher würden auch die sozialistischen Anschauungen vieler Führer der Nationalsozialisten die notwendige Korrektur erfahren.

Der Polizeipräsident von Berlin verlangt Sozialisierung der Schupo.

Wiederholt haben wir in der letzten Zeit auf die wachsende Aktivität des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hingewiesen, dessen Ziel einerseits die erneute Erfassung der bürgerlichen Linken für den Gedanken der sozialdemokratischen Vorherrschaft, andererseits die Schaffung eines möglichst starken Gegengewichts gegen die wachsende Macht des nationalen Gedankens ist. Wiederholt haben führende Reichsbannerpolitiker festgestellt, daß sie den machtpolitischen Zielen des Reichsbanners nunmehr mit allen Mitteln zustreben würden, und mit Recht rühmte gestern ein Berliner linksdemokratisches Abendblatt das Vorgehen des Magdeburger Polizeipräsidenten als einen Erfolg des Reichsbanners, also als den Eintritt des Reichsbanners in die Staatsgewalt. Wiederholt ist ja auch in der letzten Zeit festgestellt worden, daß bei nationalistischen Kundgebungen neben der Schutzpolizei Reichsbannerleute Absperrungsdienste leisteten und die Tatsache besteht — trotz der heutigen Severingrede im Landtage —, daß die Zusammenarbeit zwischen Schupo und Reichsbanner an vielen Stellen Preußens greifbarste Gestalt angenommen hat.

Weder die Ablegungen der Linkspresse noch amtliche Dementis vermögen diese Tatsache aus der Welt zu schaffen, denn wir sind heute in der Lage, einen Kronzeugen besonderer Art zu zitieren. Der Polizeipräsident von Berlin, der Sozialdemokrat Grzesinski hat auf einem „Sozialistischen Abend", der am 13. Dezember von der SPD. Tempelhof in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner veranstaltet wurde, über das Thema „Der Kampf um die Macht", umgeben von einer Ehrenwache des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und von zahlreichen roten Fahnen, folgendes ausgeführt:

Zwei große Gegner ständen im Kampf um die politische Macht im Staat einander gegenüber, die Sozialdemokratie und das Bürgertum. Das Bürgertum kämpfe mit gemeinen Mitteln einen verzweifelten Kampf. Die Sozialdemokraten müßten sich in diesem Machtkampf stets vor Augen halten, daß alle Freiheiten dahin seien, wenn dieser Kampf mit einer Niederlage der Sozialdemokratie endet. „Unsere Genossen fragen immer wieder: Was geht uns denn dieser Staat an, der so ganz kapitalistische und bürgerliche Gesellschaftsordnung besitzt? Hierauf müssen wir stets entgegnen, dieser Staat ist gewiß nicht unser Staat, aber er ist die Voraussetzung für den sozialistischen Staat. Da wir dieses höhere Ziel nie aus den Augen verlieren dürfen, ist es unsere dringendste Aufgabe, die politische Macht in vollem Umfang zu erobern, da dies wiederum die Voraussetzung zur Erlangung der wirtschaftlichen Macht ist. **Wir müssen jeden Fetzen an Macht mit Zähnen und Nägeln festhalten, vor allem aber die Instrumente zur Eroberung der Macht im Staate, die Schutzpolizei. Mich fragen die Genossen oftmals: Wie steht es denn mit der Schupo? Ich sage: gut! — und wir werden alles daran setzen, dieses Machtinstrument auch weiter in unserm Besitz zu halten, da gerade dieser Besitz eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Errichtung des sozialistischen Staates ist. Für die Sozialdemokratie gilt es die Macht der Bajonette zu behalten im Bewußtsein dessen, was sie für die Arbeiterschaft und Sozialdemokratie bedeutet.**"

Der Polizeipräsident von Berlin schloß diese Ausführungen mit den Worten: „Wir brauchen nicht mutlos zu werden, es muß jetzt eine neue Taktik geübt werden". Im Rahmen der gleichen Veranstaltung, auf der diese Rede gehalten wurde, kam, neben einer Verhöhnung des christlichen Weihnachtsfestes, jenes „Gedicht" des berüchtigten Radikalpazifisten Ignaz Wrobel zum Vortrag „Drei Minuten Gehör". Es widerstreht uns, dieses Gedicht hier wiederzugeben, weil es die deutschen Offiziere in der ekelhaftesten und gemeinsten Weise mit Schmutz bewirft; wir wollen nur feststellen, daß dieses Machwerk, das in jener Versammlung vorgetragen wurde und auch den Beifall des höchsten Vorgesetzten der Berliner Polizeioffiziere fand, mit dem Ruf schließt: „Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!"

Nach der preußischen Verfassung ist die Schutzpolizei ein Instrument des Staates. Der Berliner Polizeipräsident verkündet offen, daß die Schupo ein Machtinstrument der Sozialdemokratischen Partei sein müsse und daß mit Hilfe der Schupo der sozialistische Staat hergestellt werden müsse, also ein Staat, der im Widerspruch zur Verfassung von Weimar steht. Der Polizeipräsident von Berlin arbeitet also nach allem Anschein auf einen Bruch der Verfassung von Weimar hin. Die preußische Regierung wird nicht umhin können, sich dazu zu äußern. Es würde uns auch sehr interessieren, die Meinung der Partei zu hören, deren ausgeprägteste politische Persönlichkeit gegenwärtig der Reichskanzler ist.

Wir sind uns klar darüber, daß diese unsere Veröffentlichung der Rede des Berliner Polizeipräsidenten nur dazu beitragen wird, die Sozialdemokraten in ihrem Willen zum offenen Kampf für den sozialistischen Staat noch anzufeuern. Aber die Scheidung der Geister ist notwendig: sie muß kommen, um uns aus der verderblichen Kompromißlerei herauszureißen. Die Rede Grzesinskis wird hoffentlich das Ihrige tun, um im Lager der nationalen Rechten die Erkenntnis dafür zu steigern, daß durch Bekämpfung des Nachbarn im eigenen Lager nicht die Gefahr beschworen wird, die uns allen von der zum Aeußersten entschlossenen Sozialdemokratie droht.

Dr. J.

Vernebelung.

Französische Friedenstheorien und Rüstungspraxis.

Paris, 18. Dezember.

Das ehemalige Komitee Mascuraud, das jetzt unter dem Vorsitz von Senator Chaumet steht und sich „Republikanisches Komitee für Handel, Industrie und Landwirtschaft" nennt, veranstaltete gestern in Paris zu Ehren von Aristide Briand ein Bankett, dem fast sämtliche Mitglieder der neuen Regierung, darunter auch Ministerpräsident Steeg, beiwohnten.

Senator Chaumet hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er die Politik Frankreichs besprach und die Aktion Briands feierte. Chaumet führte aus, Frankreich sei oft und ungerechterweise als kriegerisch, imperialistisch und ehrgeizig verschrien worden. Das sei eine Verleumdung. Alle französischen Regierungen hätten diesem Ideal gedient. (!!)

Unter Hinweis auf den Locarno- und den Kellogg-Antikriegspakt kam der Redner dann auf die Aktion Briands zu sprechen. Briand bemühe sich täglich, die deutsch-französischen Beziehungen in einem ganz ausgesöhnten Europa zu verbessern. Der Schwierigkeiten gebe es ungählige. Wenn sie größer würden, dann höre man in Frankreich und anderswo ein Freudengeschrei; denn es gebe Leute, die die Rückkehr zu dem alten Bündnissystem, zu den Rüstungen und zur Gegensätzlichkeit der Staaten befürworteten und verlangten, daß die Politik Briands aufgegeben werde. Dazu, so rief Senator Chaumet aus, werden wir nie unsere Zustimmung geben. (??) Briand sei gewar, wie man sage, Europäer, aber vor allem Franzose. Er wisse, daß die Existenz des unabhängigen und freien Frankreichs eine unerläßliche Bedingung für den Frieden in Europa sei. Die unangenehmen Kundgebungen und das Hatzgeschrei bei den Nachbarn Frankreichs hätten natürlich bei den Franzosen und bei französischgesinnten Ausländern Bekümmernisse ausgelöst. Man müsse daher Vorsicht walten lassen. Frankreich verfolge keinerlei politische, militärische, wirtschaftliche oder soziale Hegemonie. (!) Es wolle nicht „überalles" sein; es wolle nur zum allgemeinen Wohlstand beitragen.

Im weiteren Verlauf der Reden ergriff **Briand** selbst das Wort. Er beglückwünschte sich dazu, daß er trotz aller Angriffe gegen ihn heute eine Rechtfertigung erfahre, die ihn ermutige, seine Politik weiter zu verfolgen. Frankreich liebe trotz seiner Friedensliebe die Kraft, sich gegen einen Angriff zu wehren. Es wünsche niemand anzugreifen. Die Franzosen wünschten den Frieden. Aber trotz des brennenden Friedenswunsches **müsse man alles tun, damit Frankreich niemals in seiner Existenz bedroht werde.** Man müsse das Notwendige unternehmen, damit beispielsweise **in der Abrüstungsfrage die ehrlich gewollten Nationen nicht das Opfer der unehrlichen sein werden,** damit auch **der Völkerbund an moralischer und physischer Kraft zunehme.** Weiter man sage:

wo bleibt die Sicherheit,

so erkläre er unumwunden, **daß er den Vorwurf, ein schlechter Franzose zu sein, verdienen würde, wenn er bei seinen Friedensbemühungen den Sicherheitsfaktor außer acht gelassen hätte.** In Wirklichkeit aber habe die Sorge um die Sicherheit des Landes alles andere beherrscht. Zu den verschiedenen Ministerien, denen er angehört habe, habe er stets die Aufmerksamkeit **auf die Notwendigkeit einer starken Grenzorganisation gelenkt und darauf, daß es dem Heer an nichts fehlen dürfe.** Er besitze also in dieser Hinsicht ein ruhiges Gewissen. Sämtliche Nationen hätten den Krieg als ein Verbrechen bezeichnet. Man habe aber nach Sanktionen verlangt. Gewiß gebe es keine Sanktionen, aber immerhin eine moralische Sanktion und moralische Sanktionen hätten bei den Völkern trotz allem einen Wert. **Weil sie die moralische Kraft außer Acht ließen, hätten die Führer eines großen Volkes dieses einem tragischen Schicksal entgegengeführt.**

*

Es war ein Franzose, der geschmeidige Tayllerand, der die berühmte Formel geprägt hat: Die Sprache ist dazu da, um die Gedanken zu verhüllen.

In dieser Kunst und Praxis sind die Franzosen von jeher Virtuosen gewesen. Die in obigem Telegramme gemeldeten oratorischen Ergüsse der Herren Briand und Chaumet beweisen es nur aufs neue. Der letztere blies mit zierlichen Kadenzen wieder einmal die Friedensflöte über das beliebte Motiv, das edle Frankreich sei ganz unangerechterweise als kriegerisch, imperialistisch und ehrgeizig verschrien. Ganz im Gegenteil hätten aber alle französischen Regierungen nur dem Ideal des Weltfriedens und der Bekämpfung des Krieges gedient. — Nun, vielleicht erinnern sich auch einige Franzosen, deren Gedanken ja heute sicherlich viel an dem Krankenbette Poincarés weilen, an das geflügelte Wort — das im Januar 1913 überall in Frankreich selbst wie auch in England aufflog — in dem die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik kurz und deutlich kommentiert wurde: Poincaré c'est la guerre.

Aber, um auf unsere jüngste Gegenwart zu exemplifizieren; ist nicht in der gesamten Weltpresse, soweit sie nicht im französischen Solde steht, immer wieder auf die zähe und raffinierte Sabotage jedes Abrüstungsgedankens durch die Franzosen auf der Genfer Vorbereitenden Konferenz hingewiesen worden? Das aber ist eben die französische Praxis, gegenüber die Briandsche Theorie doch zur Wesenslosigkeit verurteilt wird. Darüber kann eben auch die Beredsamkeit Briands niemals hinwegtäuschen. Und gerade, was er gestern in seiner Bankett-Dankrede aussprach, zeigte nur allzu deutlich den ewigen Kern der französischen Politik, der für alle Sehenden und Urteilsfähigen durch keine rednerische Vernebelung verdeckt werden kann. Dieser Gedankenkern, um den herum die französischen Minister und Politiker so viele Worte machen, ist der zähe Wille, den Raubgewinn von Versailles, der nur mit Hilfe der halben Welt errungen werden konnte, für ewige Zeiten zu wahren und ihn mit allen Mitteln, sowohl eigener ungeheurer Rüstungen, wie durch die Schaffung des östlichen Bündnis- und Vasallensystems — Polen, Tschechoslowakei — zu verteidigen. Diesen Anspruch nennt Frankreich seine „Sicherheit" und nun sehen wir ganz klar, was auch das gestrige Wort des großen Friedensfreundes Briand, er würde ein schlechter Franzose sein, wenn er bei seinen Friedensbemühungen den Sicherheitsfaktor außer Acht gelassen hätte, in Wirklichkeit bedeutet.

Frankreich wünscht gewiß den Frieden, aber nur solange, wie es seine unverdienten Gewinne und seine unberechtigte Vormachtstellung, die es ja auch nur auf Grund der deutschen Reparationszahlungen aufrecht erhalten kann, ungeschmälert und unbedroht sieht.

Das aber ist ein Friede, der mit einem ewigen Kriegszustand verdammte Aehnlichkeit hat.

Revision der Friedensdiktate bedeutet Krieg.

Nach tschechischer Auffassung.

Prag, 18. Dezember.

Ministerpräsident Udrzal gab bei einem Pressempfang einen Ueberblick über die von der Regierung im verflossenen Jahre geleistete Arbeit. Er führte u. a. aus, daß die politische und wirtschaftliche Unsicherheit die Verpflichtung auferlege, in allem und jedem vorbereitet zu sein. Den Bestrebungen nach einer Revision der Friedensverträge, so erklärte Udrzal, wollen wir jederzeit ins Auge blicken und uns bewußt bleiben, daß der Status quo das Beste ist, weil Revisionsbestrebungen nach dem schwer errungenen Frieden immer eine Kriegsgefahr bedeuten.

Sodann befaßte sich der Ministerpräsident mit den handelspolitischen Beziehungen zu Ungarn und betonte, es bestehe Einigkeit darin, daß man verhandeln und zu einem positiven Abschluß kommen müsse. Der vertragslose Zustand sei immer ein Unheil. Er glaube jedoch an die Möglichkeit einer Verständigung.

Polnische Methoden in der Tschechoslowakei.

Die Fälschung der Volkszählung.

Prag, 18. Dezember.

Sämtliche deutschen Parteien der Landesvertretung für Böhmen haben durch ihre Obmänner eine Interpellation an den Landespräsidenten gerichtet, in der es heißt, daß die Volkszählung zu beklagenswerten Uebergriffen einzelner Organe tschechischer Nationalität Anlaß gegeben habe. Die Ursache für die Verletzung der durch das Gesetz gebotenen strengen Objektivität und für die dadurch verursachte Fälschung des Volkszählungsergebnisses zuungunsten der deutschen Bevölkerungsziffer liege in der Ernennung von nicht geeigneten Personen zu Zählkommissaren und Revisoren. Selbst in Orten mit überwiegend deutscher Bevölkerung seien größtenteils Personen ernannt worden, die oft die deutsche